

Beschluss Erneuerbare auf Kurs bringen, statt Kehrtwende in die Klimakatastrophe

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 24.05.2025
Tagesordnungspunkt: 7. Verschiedene Anträge

Antragstext

1 I. Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-
2 Vorpommern stellt fest, dass die Rot-Rote Landesregierung den Ausbau der
3 Erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern in allen Bereichen sabotiert.
4 Dies betrifft die Windenergie auf Land und auf See, die Photovoltaik auf
5 versiegelten Flächen wie Dächern und Parkplätzen genau wie auf Freiflächen, den
6 Netzausbau, den Ausbau von Batteriespeichern und flexiblen Stromverbrauchern und
7 nicht zuletzt die Akzeptanz der Bürger*innen des Landes:

- 8 1. Nachdem die Landesregierung eine rechtssichere Ausweisung von
9 Windeignungsgebieten an Land jahrelang nicht organisieren konnte und
10 schließlich die Bundesregierung mit dem Wind-an-Land-Gesetz eingriff und
11 für Mecklenburg-Vorpommern das Ziel 1,4 % bis 2027 und 2,1 % bis 2032
12 festlegte, hat Rot-Rot die vollständige Flächenausweisung in einem Schritt
13 nicht durchgesetzt. Nun folgt die Rolle Rückwärts und der sogenannte
14 Klimaminister Till Backhaus und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig
15 brüsten sich damit, durch ihr Engagement bei den Koalitionsverhandlungen
16 im Bund die Umsetzung des 2,1 % Ziels dauerhaft verhindert zu haben und
17 damit den weiteren Windenergieausbau in Mecklenburg-Vorpommern zu
18 verhindern.
- 19 2. Der seit Jahren bekannte Genehmigungsstau bei der Windenergie an Land
20 liegt unverändert bei etwa 1.000 Anlagen und die durchschnittliche
21 Genehmigungsdauer ist mit fast 4 Jahren weiterhin trauriger Spitzenreiter
22 im Bundesvergleich. Die gesetzliche Regelfrist von 7 Monaten wird um ein
23 Vielfaches verfehlt. Ein Ministerialerlass der für Verfahrensklarheit und
24 -vereinfachung sorgen könnte, ist seit Jahren „in Erarbeitung“.
- 25 3. Der Offshore-Windenergie Flächenentwicklungsplan für Deutschland wurde im
26 Januar veröffentlicht. Für Mecklenburg-Vorpommern sind keine neuen Flächen
27 enthalten. Diese hätten durch die Landesregierung angemeldet werden
28 müssen. Mecklenburg-Vorpommern hat jedoch keine einzige neue Fläche
29 gemeldet. Für die Erschließung des Offshore-Testfeld vor Warnemünde gab es
30 ebenfalls eine Frist zum 30.06.2023 die das Land laut
31 Flächenentwicklungsplan untätig hat verstreichen lassen.
- 32 4. Das Landesraumentwicklungsprogramm ist inzwischen 9 Jahre alt und die
33 enthaltenen Regelungen beim Thema Solarenergie nicht nur längst in
34 Konflikt mit den Regelungen des Bundes sondern mit Blick auf die
35 Entwicklungen der Solarenergie insgesamt auch völlig überholt. Die
36 turnusgemäße Fortschreibung im Jahr 2026 wird sich zudem verzögern.
37 Dennoch wurde eine geplante teilweise Anpassung (Teilfortschreibung) für
38 die Solarenergie ohne Nennung von Gründen abgesagt und die ersatzweise
39 eingeführten Zielabweichungsverfahren verzögern den Ausbau künstlich,

40 statt ihn zu beschleunigen. Zudem liegen die Flächenkontingente von 5.000
41 Hektar weit unter dem Antragsvolumen der Kommunen. Etwa 1/3 der Gemeinden
42 in Mecklenburg-Vorpommern haben einen Antrag für eine
43 Freiflächensolaranlage auf ihrem Gemeindegebiet gestellt. Die von den
44 Menschen vor Ort gewollte PV-Fläche liegt damit in Mecklenburg-Vorpommern
45 summiert bei ca. 15.000 Hektar! Würden diese Anlagen gebaut, würde das
46 viele Millionen Einnahmen in die Gemeindekassen spülen.

47 5. Es werden keinerlei Maßnahmen zur Beschleunigung des Photovoltaikausbaus
48 auf versiegelten Flächen wie Gewerbehallen, Parkplätzen oder Hausdächern
49 ergriffen. In der Folge hinkt der Solarausbau in diesem Segment noch
50 deutlicher hinterher. Im EEG wird eine 50/50 Verteilung zwischen PV auf
51 versiegelten und unversiegelten Flächen angestrebt. Davon ist Mecklenburg-
52 Vorpommern weit entfernt.

53 6. Die Zuständigkeit für die naturschutzfachliche Bewertung beim Netzausbau
54 wurde im Zuge der Änderung des Naturschutzausführungsgesetzes und des
55 Aufgabenzuordnungsgesetzes nicht wie bei der Windenergie verlagert. Es
56 wurden auch keine anderen wesentlichen Maßnahmen zur Beschleunigung des
57 Netzausbaus ergriffen. Die Personalausstattung der Genehmigungsbehörden
58 bleibt weiterhin deutlich zu gering.

59 7. Der Ausbau von batterieelektrischen Stromspeichern wird in Mecklenburg-
60 Vorpommern anders als in anderen Bundesländern nicht weiter durch das Land
61 gesteuert. Auch ein gezielter Ausbau flexibler Verbraucher, die
62 abgeregelten und sonst ungenutzten Strom verwenden könnten, wird nicht
63 forciert

64 8. Das Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz aus dem Jahr 2016 sollte
65 ursprünglich die Akzeptanz für Windenergieanlagen in Mecklenburg-
66 Vorpommern erhöhen und die lokale Bevölkerung an den Erträgen beteiligen.
67 In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, dass die bürokratischen Hürden des
68 Gesetzes den Ausbau der Windenergie eher behindern als fördern. Die seit
69 Jahren versprochene Novelle lässt weiter auf sich warten, obwohl es
70 endlich ein Gesetz braucht, durch das die Menschen vor Ort unkompliziert
71 von der Energiewende profitieren und der Ausbau der Windenergie nicht
72 weiter behindert wird.

73 II. Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-
74 Vorpommern bekräftigt die Beschlüsse zurückliegender
75 Landesdelegiertenkonferenzen:

- 76 • Länder und Kommunen bei der Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen nicht
77 weiter behindern (26.10.2019)
- 78 • Das BÜNDNISGRÜNE 10-Punkte-Energie-Programm für Mecklenburg-Vorpommern
79 (24.09.2022)
- 80 • Energiewende vorantreiben - Erneuerbare ausbauen! (22.04.2023)

- 81 III. Die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-
82 Vorpommern beschließt, dass sich alle Strukturen von Bündnis 90/Die Grünen
83 Mecklenburg-Vorpommern dafür einsetzen sollen:
- 84 1. die geplante „Rolle rückwärts“ bei Windenergie an Land zu verhindern und
85 mindestens das 2,1 % Ziel zu halten,
 - 86 2. die Energiesysteminvestitionen zu optimieren und so die Kosten für den
87 Staat und die Bürger*innen möglichst gering zu halten indem:
 - 88 a. Wind- und Solarenergie in einem systemdienlichen Verhältnis
89 zueinander ausgebaut werden,
 - 90 b. der Netzausbau beschleunigt und mit den Erneuerbaren Energien
91 zeitlich und räumlich synchronisiert wird,
 - 92 c. die Überbauung (Doppelnutzung) von Netzverknüpfungspunkten durch
93 eine Kombination von Wind- und Solarenergie erleichtert wird,
 - 94 d. der Ausbau von Speichern und flexiblen Verbrauchern vereinfacht und
95 unterstützt wird;
 - 96 3. das Bürger- und Gemeindenbeteiligungsgesetz so zu novellieren, dass die
97 Bürger*innen und Bürger vor Ort von der Energiewende sicher und
98 unbürokratisch von der Energiewende „vor ihrer Haustür“ profitieren
99 können,
 - 100 4. Planungssicherheit und wirtschaftliche Perspektive für Unternehmen,
101 Kommunen und Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen, indem endlich
102 ein Landesklimaschutzgesetz vorgelegt wird, das einen Ausbaupfad für ein
103 echtes klimaneutrales Mecklenburg-Vorpommern enthält und zugleich der
104 Bundes- und geopolitischen Verantwortung unseres Gunststandort gerecht
105 wird.